

Chronologie der Pflege

Jänner 2003	Im Rahmen der Pressekonferenz zu den Gemeindefinanzen thematisiert MÖDLHAMMER den Pflegebereich. MÖDLHAMMER spricht von einem Kompetenzdschungel und Doppelgleisigkeiten in der Verwaltung, u.a. auch bei der Verteilung des Pflegegeldes. Er verlangt eine Festschreibung der Kernkompetenzen zwischen den Gebietskörperschaften.
März 2003	MÖDLHAMMER fordert erneut klare Kompetenzverteilungen ein. Vor allem Bereich der Sozialhilfe, Gesundheit und Pflege werden die Aufwendungen der Gemeinden immer höher.
April 2003	MÖDLHAMMER warnt vor dramatisch steigenden Kosten bei der Sozialhilfe. Der Bund dürfe die Gemeinden in der Finanzierung nicht alleine lassen. MÖDLHAMMER kann sich auch eine allgemeine Versicherung für den Pflegebereich vorstellen.
Oktober 2003	Im Rahmen des Österreich-Konvents kann sich MÖDLHAMMER vorstellen, dass die Gemeinden aus dem Gesundheitsbereich komplett aussteigen, darf aber federführend bei der Kinder- und Altenbetreuung tätig werden.
April 2004	MÖDLHAMMER warnt vor einem Einbruch bei den Gemeindeinvestitionen. Durch Ausbau von Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen wären die Budgets der Gemeinden stark belastet.
Juni 2004	MÖDLHAMMER fordert für den neuen Finanzausgleich rund 450 Mio. mehr für die Kommunen. Die Ausgaben in der Gesundheitsfinanzierung sowie für Kinderbetreuung und Pflege steigen rasant.
März 2005	Beim Bundesvorstand tituliert MÖDLHAMMER die Gemeinden als „Sparmeister der Nation“. Er frage sich aber, wo genau bei der Pflege eingespart werden könne, ohne an Qualität einzubüßen.
August 2005	MÖDLHAMMER äußert Sorge die Steigerung der Ausgaben im Pflegebereich. Er kann sich eine verpflichtende Pflegeversicherung vorstellen. Schon jetzt gehe die Hälfte der Sozialhilfe in die Betreuung älterer Mitbürger
November 2005	Mödlhammer warnt im „Standard“ vor einem Kollaps des Pflegesystems und bekräftigt seine Forderung nach Einführung einer Pflegeversicherung.
Dezember 2005	„Die Pflege älterer Mitbürger wird zu einem existentiellen finanziellen Problem“, warnt MÖDLHAMMER. Die Gemeindehaushalte seien mit diesen Ausgaben dauerhaft überfordert.
Jänner 2006	Der Gemeindebund unternimmt einen neuen Anlauf zur Pflegeversicherung und wird dabei vom ÖAAB unterstützt.
September 2006	MÖDLHAMMER verlangt am Gemeindetag in Wien eine nationale Kraftanstrengung bei der Pflege. Die Zukunft der Pflegefinanzierung sei zu wichtig, um im Wahlkampf behandelt zu werden.
Jänner 2007	MÖDLHAMMER verlangt nach Präsentation des Regierungsprogramms die Einbindung der Gemeindevertreter in die Reform des Pflegewesens. Die Gemeinden seien als Errichter und Erhalter der meisten Heime am stärksten von den steigenden Kosten betroffen.
Februar 2007	Bei seiner Wiederwahl spricht MÖDLHAMMER von dramatisch steigenden Kosten im Pflegebereich.

März 2007	MÖDLHAMMER kritisiert ein neues Modell der Bundesregierung zur 24-Stunden-Pflege als „Stückwerk“. Der Vorschlag schaffe keinen einzigen Pflegeplatz mehr. Allein die Salzburger Gemeinden würden derzeit rund 65 Mio. für die Pflege ausgeben. Es könne nicht sein, dass der Bund anschaffe und die Gemeinden nur bezahlen.
Juni 2007	Finanzstaatssekretär Matznetter sagt, dass die Finanzierung der Pflege Aufgabe von Ländern und Gemeinden sei. Der Regierungsvorschlag zur 24-Stunden-Pflege wird von MÖDLHAMMER als „Unfug“ zurückgewiesen, weil der darauf aufbaue, dass man hilfsbedürftige Menschen ungelerten Pflegern aussetze.
Juli 2007	Im Zuge der beginnenden FAG-Verhandlungen wird auch ein neues Pflegefinanzierungsmodell diskutiert. Der Bund verlangt hier die Mithilfe der Länder.
Juli 2007	Bei den Kommunalen Sommergesprächen in Bad Aussee ortet MÖDLHAMMER einen Kompetenzdschungel zwischen den Gebietskörperschaften im Pflegebereich.
September 2007	Beim FAG wurde die Pflegefinanzierung nur in Teilbereichen (24-Stunden-Pflege) gelöst. MÖDLHAMMER stellt klar, dass man hier über neuen Methoden der Finanzierung noch nachdenken müsse. Dies sei ein Problem, dem sich alle Gebietskörperschaften gemeinsam zu stellen hätten.
September 2007	55,3 Prozent der Gemeinden sehen großen Investitionsbedarf bei der Pflege. Fast 63 Prozent sind mit der Arbeit der Regierung in diesem Bereich unzufrieden. Das ist der zweitschlechteste Wert nach der Bildung.
Dezember 2007	Der Gemeindefinanzbericht dokumentiert die dramatisch steigenden Pflege- und Sozialkosten für die Gemeinden. MÖDLHAMMER stellt fest, dass die Gemeinden diesen Aufwand nicht alleine schultern können und verlangt Hilfe von Bund und Ländern.
Juli 2008	MÖDLHAMMER verlangt eine Erhöhung des Pflegegeldes, weil dieses die Kosten der Betreuung nicht einmal annähernd decken könne.
Juli 2009	MÖDLHAMMER spricht von der Einrichtung eines Pflegefonds, fragt aber, woher das Geld kommen soll. Er ortet riesigen Reformbedarf in diesem Bereich. Die Gesundheit und Pflege könnten Bund und Länder übernehmen, die Gemeinden könnten die Kinderbetreuung alleine organisieren.
Dezember 2009	MÖDLHAMMER fordert einen Belastungsstopp für die Gemeinden, die Leistungen in vielen Bereichen, auch in der Pflege, könnten nicht mehr erweitert werden, wenn es keine stabile neue Finanzierung dafür gebe.
März 2010	MÖDLHAMMER fordert Belastungsstopp für Gemeinden, vor allem die Kosten für Pflege laufen aus dem Ruder.
Mai 2010	Im Rahmen der LR-Konferenz (vom GBD organisiert) machen Gemeinden und Länder Druck auf den Bund bei der Pflegefinanzierung.
Juli 2010	Die Pflegekosten sind auch ein Thema bei den Kommunalen Sommergesprächen. Die 100 frischen Millionen aus dem Finanzausgleich seien nur ein Tröpfchen auf den heißen Stein, wenn man sieht, wie stark die Sozial- und Pflegekosten steigen.
August 2010	MÖDLHAMMER fordert einen Pflegefonds, der zumindest mit 300 bis 400 Mio. Euro dotiert ist. Auch eine Pflegeversicherung müsse kommen, so MÖDLHAMMER.



August 2010	Intern diskutiert der GBD Vorschläge von Mazal zur Finanzierung der Pflege
September 2010	Bei einer Enquete im Parlament steht die Forderung nach einer raschen Umsetzung des Pflegefonds im Mittelpunkt der Gemeindebund-Forderungen. (Drimmel).
Oktober 2010	Gemeinden verlangen Mitsprache bei Pflegefinanzierung
Oktober 2010	Vorschläge der Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt zur Errichtung eines Pflegefonds.
Dezember 2010	Bund soll Mehrkosten der Pflegefinanzierung zu 70 Prozent tragen, fordert MÖDLHAMMER. Er will Stabilitätspakt erst unterschreiben, wenn Pflegefinanzierung klar ist.
Herbst 2010	Laufende Einbindung in Gespräche der AG Pflege.

